

Kämpfend siegen oder sterben?

Der Generalstreik 1918. Erster Tag.

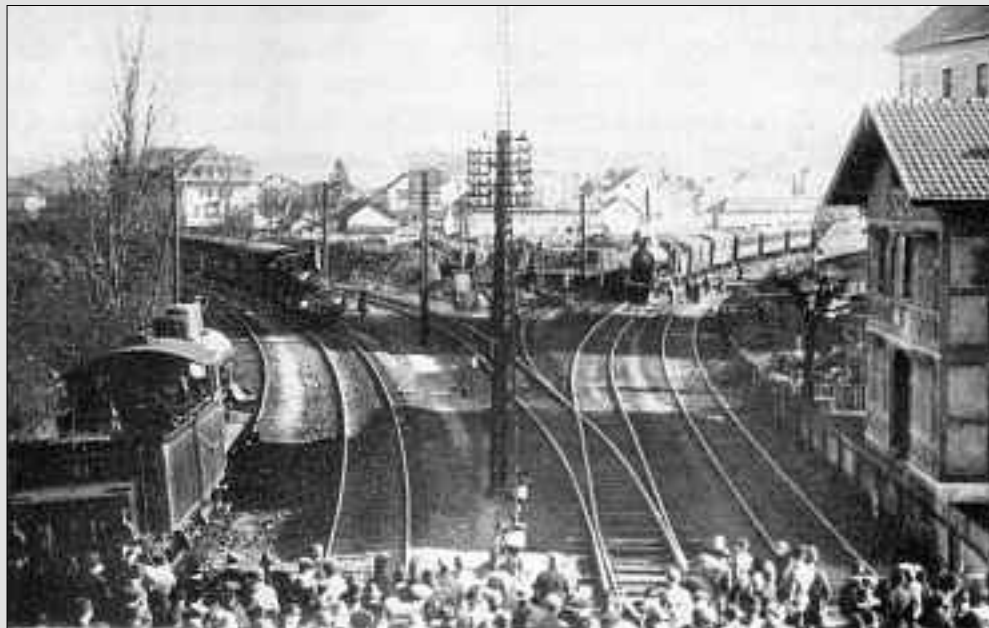
Von Stefan Keller | Dienstag, 12. November 1918 in Bern. Ein grauer und kalter Tag. Der Schweizerische Bundesrat ist aus dem Bundeshaus ins scharf bewachte Hotel «Bellevue» geflohen und hält dort Krisensitzungen ab. Im Bellevue hat der Armeestab sein Hauptquartier. Auch das Bundeshaus ist militärisch besetzt, Soldaten aus ländlichen Gebieten, aus dem Freiburgischen und dem Emmental, stehen mit aufgefplanten Bajonetten im Eingangsportal oder liegen hinter öligen Maschinengewehren. Wenn Offiziere auftauchen, was häufig passiert, zucken sie zusammen und grüssen auf preussische Art. Die Soldaten warten. Ans Warten sind sie gewöhnt. Manche von ihnen haben schon vier Jahre Aktivdienst hinter sich. Die Soldaten sehen bedrohlicher aus als sonst. Ihre altmodischen Käppis mussten sie vor einigen Tagen

abgeben und stattdessen neuartige Stahlhelme fassen. Durch die Lüftungslöcher der Helme pfeift beim Wachestehen der Wind.

In den Schweizer Fabriken, auf Schweizer Baustellen, im öffentlichen Verkehr, in vielen Postbüros, in den Druckereien steht an diesem Morgen alles still. Zum ersten Mal in der Geschichte der Schweiz ist ein landesweiter Generalstreik ausgerufen worden: Beginn am Dienstag, 12. November 1918, 00.00 Uhr. Dauer unbefristet, das heisst bis zur Erfüllung der wichtigsten Forderungen. Die nationale Streikleitung liegt beim Oltener Aktionskomitee, einer Gruppe von zehn Männern, die aus verschiedenen Gewerkschaften und aus der Sozialdemokratischen Partei delegiert worden sind.

In Luzern zum Beispiel hat pünktlich um Mitternacht der Eisenbahner Jakob Küng die

Bahnhof Biel: Die Züge aus Bern und Delsberg werden von Streikenden gestoppt.





Beim Berner Hirschengraben: Soldaten im «Ordnungsdienst» rieglern eine Strasse ab.

Innen- und Aussenbeleuchtung des Bahnhofes ausgeschaltet. Danach ist er ins Volkshaus gegangen, um an einer Arbeiterversammlung teilzunehmen. Küng wird für seine Tat später mit zwei Wochen Gefängnis bestraft, im Moment kümmert ihn das noch wenig. Am Dienstagmorgen ruht die Arbeit nicht nur auf dem Bahnhof, sondern auch in der Luzerner Privatindustrie.

In Biel hat der Weichenwärter Ernst Studer als Abgeordneter des lokalen Streikkomitees nachts um 12 Uhr die Rangierarbeiter versammelt und sie fragen lassen, wer von ihnen weiterarbeiten wolle. Alle stimmen fürs Streiken, nur die Rangierlokomotiven möchten sie vorher noch rasch ins Depot fahren. So beginnt der Kampf in Biel erst eine halbe Stunde nach Mitternacht.

Auch in der französischen Schweiz, von Vevey bis Genf, finden am Montag und Dienstag zahlreiche Arbeiterversammlungen statt. Stärker als in der deutschen Schweiz ist in der Westschweiz der 11. November allerdings ein grosser Feiertag: Man freut sich über den

Waffenstillstand im Ersten Weltkrieg, der oben in Compiègne bei Paris abgeschlossen worden ist. Die Franzosen haben gesiegt, die Deutschen mussten kapitulieren. Überall gibt es triumphale Veranstaltungen. Ein Streikaufruf, der aus der deutschen Schweiz kommt, stösst in dieser Situation nicht auf grosses Vertrauen. Am Montagabend lehnen die Lausanner Typografen den Generalstreik in einer ersten Abstimmung ab, obwohl diese Gewerkschaft sonst als kämpferisch gilt. Erst nachdem die Eisenbahner von Lausanne und Renens sich am nächsten Morgen überraschend für den Streik erklären, wollen auch die Typografen mitmachen.

Wenn die Züge stoppen, wird früher oder später die ganze Wirtschaft gelähmt. Autoverkehr ist noch selten. In Genf blockieren Streikende die Eisenbahn und den Trambetrieb. Viele private Firmen arbeiten in Genf jedoch weiter. In Moutier, im Berner Jura, unterbrechen die Streikenden kurzerhand die Elektrizitätszufuhr der Betriebe, und schon befindet sich ganz Moutier im Ausstand. Im

Tessin trifft der Appell des Oltener Aktionskomitees verspätet ein, er ist unterwegs abgefangen worden. Weil die Züge nicht mehr fahren, muss er von einem Velokurier verbreitet werden. Auch die Tessinerinnen und Tessiner stehen den Deutschschweizer Streikparolen misstrauisch gegenüber. Ausser den Eisenbahnern schliessen sich nur die Arbeiter einiger Industrieorte an.

Auf der anderen Seite des Landes, in der Ostschweiz, haben fast alle Gewerkschaftssektionen dem Aufruf des Oltener Aktionskomitees zugestimmt. Im Eisenbahndorf Romanshorn am Bodensee versuchen Arbeiterpatrouillen mit grosser Höflichkeit, noch den letzten Geschäftsmann zur Schliessung seines Ladens zu überreden. In Rorschach zieht ein Demonstrationszug mit siebenhundert Teilnehmern und Teilnehmerinnen von Betrieb zu Betrieb und setzt jene unter Druck, die

Streikbrecher in Zürich: Studenten als Briefträger, von einem Landsturmsoldaten eskortiert.



weiterarbeiten. In der Maschinenindustriestadt Arbon herrscht «vollständige Arbeitsruhe». In St.Gallen strömt Militär zusammen, ein Redaktor der sozialistischen «Volksstimme» wird als Agitator verhaftet, weil er mit den Soldaten spricht, die zur Streikbekämpfung aufgeboten sind. Lokale Arbeiterkomitees haben in den meisten Orten ein striktes Alkoholverbot erlassen. Ausschreitungen gibt es vorläufig keine. Auch nicht in Basel, wo die Armee am Abend demonstrativ Strassenkämpfe übt: mit Bajonett und Maschinengewehr mitten in der Stadt.

In Bern tagt seit 11 Uhr vormittags die Bundesversammlung. An manchen Orten haben die Arbeiter den Streik sogar für einen Moment unterbrochen, um einen Extrazug mit den National- und Ständeräten in die Hauptstadt fahren zu lassen. Andere Parlamentarier werden vom Militär nach Bern befördert. Sechzig Ratsmitglieder treffen zu spät oder gar nicht ein. Bundespräsident Felix Calonder ist aus dem sicheren Hotel «Bellevue» ins Bundeshaus zurückgekehrt. In einer langen Rede spricht er namens des Gesamtbundesrates von «skrupellosen Hetzern», von «bolschewistischem Terror», von «revolutionären, zum Teil ausgesprochen anarchistischen Wühlereien», die vor allem von Zürich ausgegangen seien und breite Teile der Bevölkerung in «hochgradige Aufregung» versetzt hätten.

Weil der Zürcher Regierungsrat darum ersuchte, sagt der freisinnige Bundespräsident, aber auch im «Interesse des ganzen Landes» habe der Bundesrat schliesslich das Militär als Ordnungsdienst einsetzen müssen. Selbstverständlich richte sich das Truppenaufgebot nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern nur gegen «die gefährlichen revolutionären und anarchistischen Umtriebe». Doch die Arbeiterführer im Oltener Aktionskomitee hätten



Scharf bewachte Päckli: Soldaten verladen die Bahnpost.

das nicht eingesehen, und statt nachzugeben hätten sie von einer «schweren Provokation» gesprochen. So habe das Verhängnis seinen Lauf genommen.

Die Vertreter des Streikkomitees, von denen mehrere im Nationalrat sitzen, sehen die Sache natürlich anders. Ihre neun Forderungen sind am Vortag veröffentlicht worden. Von «Anarchismus» und «Putschismus» hat sich das Oltener Aktionskomitee dabei ausdrücklich distanziert. Seine Proklamation verlangt:

1. Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf der Grundlage des Proporz.
2. Aktives und passives Frauenwahlrecht.
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.
4. Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im

Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten.

7. Alters- und Invalidenversicherung.
8. Staatsmonopole für Import und Export.
9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.»

Sind es wirklich diese neun Forderungen, die den Schweizerischen Bundesrat, Teile des Bürgertums, die Offizierskaste und den Schweizerischen Bauernverband so sehr in Angst und Schrecken versetzen, dass sie in der Folge fast einen Bürgerkrieg riskieren? Die Streikleitung ihrerseits beteuert am Ende des Aufrufs pathetisch, sie wolle entweder «kämpfend siegen oder sterbend untergehen».

Von den ebenfalls scharf bewachten Schweizer Banken werden in diesen Tagen mehr als hundert Millionen Franken in bar abgehoben und irgendwo versteckt.

Fortsetzung Seite 24:

Ein Oberst verteilt Handgranaten

Der Generalstreik 1918. Zweiter Tag.

Ein Oberst verteilt Handgranaten

Der Generalstreik 1918. Zweiter Tag.

Von Stefan Keller | Mittwoch, 13. November 1918 in Zürich. Vom Erfolg des grössten Streiks, den die Schweiz je gesehen hat, sind am nächsten Morgen die Organisatoren als erste überrascht: «Unsere Sache steht gut, sehr gut», schreibt das sozialdemokratische Zürcher «Volksrecht»: «Es kann nicht geleugnet werden, dass der Landesgeneralstreik eine viel grössere Ausdehnung erreicht hat, als je erwartet worden ist.» Fast 400'000 Arbeiterinnen und Arbeiter sollen streiken, so wird geschätzt, in Wirklichkeit sind es vielleicht 250'000, aber weil der Verkehr stillsteht und die meisten bürgerlichen Zeitungen nicht erscheinen, spürt man den Streik fast überall. Im Berner Bundeshaus sieht die Sache der Arbeiterschaft etwas weniger gut aus. Der sozialdemokratische Nationalrat Robert Grimm hat am Dienstag namens der SP-Fraktion beantragt, eine Kommission einzusetzen, die eine sofortige Umbildung des Bundesrates zugunsten der Linken und die sofortige Neuwahl des Nationalrates nach dem Proporzsystem vorbereiten soll. Dieses System, das Minderheiten zu einer besseren Vertretung verhilft, wurde vom Volk bereits im Oktober gegen den Willen des Bundesrates gutgeheissen. Robert Grimm ist Präsident des Oltener Aktionskomitees und der führende Kopf des Streiks. Ausserdem sitzt er als Gemeinderat in der Berner Exekutive. Mit 120 gegen 14 Stimmen wird sein Antrag abgelehnt.

In ganz Europa finden seit Anfang November soziale und politische Umwälzungen statt. Der deutsche und der österreichische Kaiser haben nach ihrer Niederlage im Weltkrieg abgedankt, die bisherige Ordnung ist zusammengebrochen. Überall kämpft die Arbeiterschaft um mehr Rechte. In deutschen Städten ergreifen Arbeiter- und Soldatenräte kurzfristig die Macht. Russland wird seit einem Jahr schon von den Bolschewisten re-

giert, deren Anführer Wladimir Iljitsch Lenin zuvor während Jahren in Bern und in Zürich lebte und mit den jetzigen Streikführern politischen Umgang pflegte. Die noch ganz junge, revolutionäre Sowjetunion sehen viele Arbeiterinnen und Arbeiter als grosse Hoffnung oder zumindest als interessantes Experiment. «C'est tout un vieux monde qui doit s'en aller. C'est tout un monde nouveau qui vient», sagt im Parlament der sozialdemokratische Neuenburger Nationalrat Charles Naine, der die Diktatur des Proletariats aber ablehnt: «Ich möchte Ihnen begreiflich machen, dass eine alte Welt verschwinden muss, eine neue Welt ist im Anzug.»

Die Not der Schweizer Arbeiter- und Angestelltenfamilien hat in den Kriegsjahren unablässig zugenommen. Löhne sind gesunken und Nahrungsmittel knapp und unglaublich teuer geworden. Mieten kosten soviel wie noch nie. Überall ist von Wucher die Rede, auch von den exorbitanten Kriegsgewinnen einiger Industrien, und in den Städten fängt man an, die Bauern zu hassen, die ihre Warenpreise ständig höher schrauben. 1918 ist mehr als ein Sechstel der Schweizer Bevölkerung notstandsberechtigt. Oft gibt es für Arbeiterfamilien wochenlang fast nichts zu kaufen. Seit 1916 kommt es deshalb immer wieder zu zornigen Protesten von Arbeiterinnen auf den Märkten, es gibt Teuerungs- und Hungerdemonstrationen. Im März 1918 haben aufgebrachte Frauen und Männer in Bellinzona eine Milchzentrale gestürmt und geplündert. Am 10. Juni 1918 demonstrieren zweitausend Frauen vor dem Zürcher Kantonsrat mit Schildern, auf denen es heisst: «Wir hungern» und «Unsere Kinder hungern». Mehr als 15'000 Menschen nehmen ein paar Tage später an einer Solidaritätskundgebung teil, und am 17. Juni dürfen die Anführerinnen, darunter Rosa Bloch-Bollag, die bis vor

kurzem Mitglied des Oltener Komitees gewesen ist, dem Kantonsrat ihre Anliegen vortragen. Wenigstens in einigen Punkten erhalten sie Unterstützung.

In Biel eskaliert am 8. Juli eine von den «Revolutionären Jungburschen» organisierte Hungerdemonstration zu einem stundenlangen Krawall, bei dem unter anderem ein mit Kartoffeln gefüllter Lastwagen geplündert wird und ein junger Mann durch einen militärischen Gewehrschuss zu Tode kommt. Am gleichen Tag rufen Gewerkschafter in Lugano den lokalen Generalstreik aus, 4'000 Leute versammeln sich zu einer Kundgebung, auf dem letzten Transparent des langen Umzuges steht der freche Satz: «Il resto seguirà», der Rest wird folgen. Was aber ist der Rest? Die Tessiner Regierung schickt vorsichtshalber Militär.

Dass Soldaten gegen demonstrierende oder streikende Arbeiterinnen und Arbeiter eingesetzt werden, kommt in dieser Zeit re-

gelmässig vor und führt zu grosser Erbitterung bei der Arbeiterschaft. Im November 1917, als in Russland die Bolschewisten die Macht ergriffen, endete eine Revolutionsfeier in Zürich Aussersihl mit tagelangen Barrikadenkämpfen, an denen neben der örtlichen Polizei auch Armee-Einheiten mit Maschinengewehren beteiligt waren, so dass am Ende vier Tote liegenblieben. Seither sind in Zürich ständig Ordnungstruppen stationiert. Schlechte Stimmung herrscht aber auch unter den Soldaten selbst, die für ihre Einsätze nur unzureichenden Sold bekommen. Oft stehen ihre Familien zuhause vor dem Ruin, während die Offiziere, von denen sie schikaniert und geschliffen werden, vorzugsweise aus wohlhabenden Patrizier-, Unternehmer- und Advokatenfamilien stammen. Gelegentliche Meutereien, etwa in Kloten im Februar 1918, werden von der Armeeführung mit drakonischen Massnahmen und hohen Gefängnisstrafen unterdrückt.

1.-Mai-Kundgebung 1918 in Bellinzona: Dem in der Deutschschweiz beschlossenen Generalstreik standen die Tessinerinnen und Tessiner skeptisch gegenüber.





Bahnhof Grenchen Süd: Der lokale Streikführer Max Rüdt mit Stehkragen und Krawatte hinter dem zweiten Stein.

Als Anfang 1918 der Bundesrat ein Gesetz prüft, das neben dem Militärdienst auch noch eine Zivildienstpflicht für Personen vom 14. bis zum 60. Lebensjahr vorsieht, – eine Art erzwungener Landdienst, um den Bauern bei der Ernte zu helfen –, fordert die Zürcher Arbeiterunion die Rücknahme dieses Entwurfes und ausserdem die Demobilisierung der Armee sowie ein Ende des kriegsbedingten Vollmachtenregimes. Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbund werden aufgefordert, dem Bundesrat ein entsprechendes Ultimatum zu stellen und mit einem landesweiten Generalstreik zu drohen. Der Bundesrat aber, kaum hat er von den Protesten gehört, mobilisiert neue Truppen.

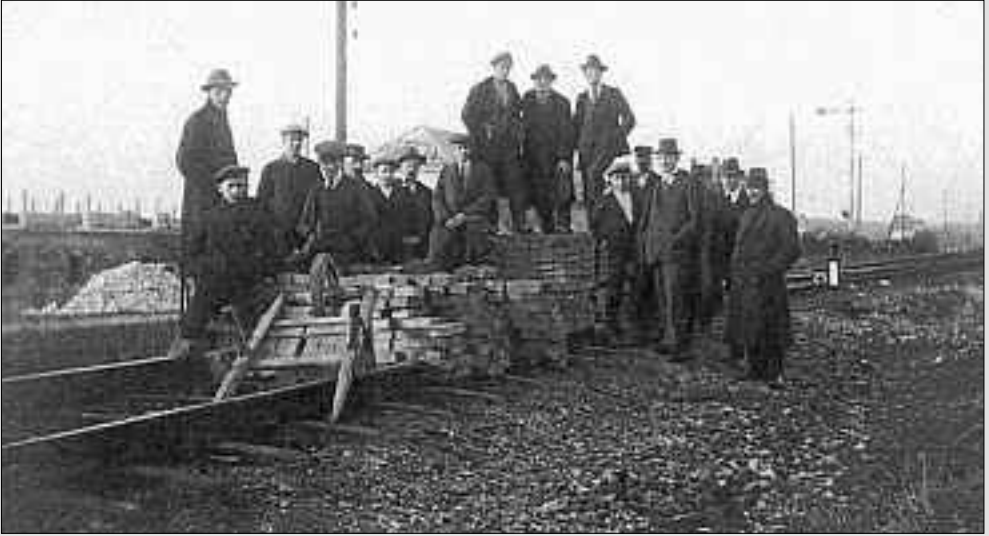
Als Ende September 1918 die schlecht bezahlten Zürcher Bankbeamten in Streik treten, deren Verband von den Arbeitgebern nicht einmal anerkannt wird, solidarisiert sich die örtliche Arbeiterunion mit einem kurzen Generalstreik.

Die Bankiers, die Villenbewohner am Zürichberg und an der Goldküste fallen in Angst und Schrecken, weil sich jetzt sogar die Büroangestellten radikalisieren. Schnell gibt

es Zugeständnisse, und der Streik geht nach einem Tag zuende.

Als im November 1918, ein Jahr nach dem blutigen Aussersihler Krawall, eine neue Revolutionsfeier in Zürich angekündigt wird, nimmt General Ulrich Wille, der Oberbefehlshaber der Armee, dies zum Anlass, dem Bundesrat ein «Memorial» zu schicken, in dem er von einem Putsch der Linken am 10. November fabuliert und von der Möglichkeit, dass man eines Morgens ahnungslos aufwachen werde, um festzustellen, dass die Kommunisten abends um 12 Uhr im Volkshaus den Streik beschlossen und sofort die Macht übernommen hätten. Die Revolution, schreibt General Wille, sei bei den sozialistischen Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kiental (1916) vorausgeplant worden; die Linke habe dort auch verabredet, in der Schweiz «den Anfang zu machen».

Während die Zürcher Kantonsregierung noch zögert, beantragt der etwas greise und auch schon der Senilität verdächtige General beim Bundesrat, sofort vier Kavalleriebrigaden als präventive Truppe gegen die Revolution aufzubieten. Um die Zurückhaltung



Eine weitere Gleissperre: Am Tag des Streikabbruchs eröffnet die Armee in Grenchen das Feuer auf flüchtende Arbeiter und erschiess drei junge Männer.

der Regierung zu brechen, lässt er Einheiten, die bereits in Zürich stationiert sind, aus der Stadt hinaus verlegen. Als gleichzeitig noch einige Justizbeamte alarmierende Gerüchte über einen Bombenfund in Zürich-Seebach und einen geplanten Sturm der Arbeiterschaft auf Kaserne und Zeughaus kolportieren, gerät die Regierung tatsächlich in Panik. Am 5. November fährt eine Delegation nach Bern, um beim Bundesrat ein Militäraufgebot zu erreichen.

Am 6. November läuten in vielen ost- und zentralschweizerischen Dörfern die Kirchenglocken. Bauernsoldaten werden mobilisiert, von denen man annimmt, sie seien noch am wenigsten vom Sozialismus infiziert. Die Soldaten glauben zuerst, man schicke sie an die Grenze. Dann merken sie, dass es gegen den «Feind» im Landesinneren geht. Der verängstigte Zürcher Regierungsrat hat unterdessen seinen Sitz in die Kaserne verlegt und sich vollständig dem Schutz der Truppen anempfohlen. Gescheiter hätte die Regierung ihren Sitz ins Burghölzli verlegt, schreibt das «Volksrecht» am 7. November. Das Burghölzli ist die psychiatrische Anstalt der Stadt.

In der Nacht vom 7. auf den 8. November beschliesst das Oltener Aktionskomitee einen 24-stündigen Proteststreik in neunzehn Städten. Das Komitee fordert «die sofortige Aufhebung der unmotiviert, durch nichts zu rechtfertigenden Gewaltmassnahmen der bürgerlichen und militärischen Diktatur». Am 8. November lässt der Bundesrat auch in Bern Soldaten aufmarschieren. Der städtische Berner Polizeivorstand findet das unnötig; gegenüber dem lokalen Kommandanten gibt er die Garantie ab, dass der Streik in Bern «ganz harmlos verlaufen» werde. Der Polizeivorstand heisst Oskar Schneeberger, im Nebenamt ist er Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Der Proteststreik am Samstag, 9. November, trägt dann fast überall einen friedlichen Charakter. In Biel zum Beispiel macht die Bevölkerung den Tag zum eigentlichen Fest. Man flaniert durch die verkehrsfreien Strassen, aus den Wirtschaften ertönen Musik und Gesang. In Arbon versammeln sich 2000 Menschen auf einer Wiese am Bodensee und verurteilen die Aufbietung von Thurgauer Wehrmännern gegen ihre «Klassengenossen»

und dass die Milchhändler der umliegenden Bauerndörfer die Lieferungen in die Stadt Arbon eingestellt haben. Ähnliche Demonstrationen finden etwa in Winterthur, in Basel oder Bern statt. In Zürich, wo die Arbeiterunion den Streik wegen des Belagerungszustandes nicht befristen will, lässt der lokale Platzkommandant, Oberstdivisionär Emil Sonderegger, am Samstag erste Streikposten verhaften und die Revolutionsfeier verbieten, die auf Sonntag angesagt wurde. Als auf dem Zürcher Münsterhof am Sonntagnachmittag trotzdem viele tausend Demonstranten und Demonstrantinnen zusammenströmen, schiessen die Soldaten ohne Warnung mit scharfer Munition über die Köpfe hinweg. Aus der Menge schiesst jemand mit einem Revolver zurück. Ein Soldat stirbt. Es ist ein junger Melker aus Pfaffnau im Kanton Luzern. Vier Personen werden durch Querschläger verletzt.

Erst nach all diesen Ereignissen entschliesst sich das Oltener Komitee in einer weiteren Nachtsitzung vom 10. auf den 11. November, den unbefristeten, landesweiten Streik auszurufen, der in Zürich und einigen anderen Orten bereits am Montag, in der übrigen Schweiz am Dienstagmorgen beginnt.

Am 12. November lässt Oberstdivisionär Sonderegger an seine Soldaten vierzig Handgranaten je Kompanie verteilen. Das Militär wird verpflichtet, auf jene Leute das Feuer zu eröffnen, die seinen Anweisungen nicht folgen. Der Bundesrat hat in einem Eilbeschluss den Eisenbahnern und Postangestellten das Streiken verboten. Ausserdem versucht er jetzt, die sowjetische Gesandtschaft, die er als eigentliche Drahtzieherin des Streiks sieht, aus dem Land zu schaffen. Dreiunddreissig empörte Diplomaten werden am Dienstagmittag in einem Autokonvoi an die Grenze geschickt, doch die Reise endet als groteske



Zürcher Münsterhof am 10. November 1918: Gerade sind Schüsse gefallen. Panik bricht aus.

Irrfahrt, und erst am Freitag können die Sowjets von Kreuzlingen nach Konstanz abgeschoben werden. Die Thurgauer Regierung hat am 12. November den Bauern des Kantons die Lieferung von Milch ins revolutionäre Zürich untersagt. Auch in kleineren Städten der Schweiz tauchen jetzt Ordnungstruppen auf. Am Mittwoch, dem zweiten Tag des Streiks, demonstrieren in Solothurn mehr als 1500 Personen vor dem Untersuchungsgefängnis, in das einige Jungburschen eingesperrt wurden. Weil ein Arbeiter einem Offizier den Säbel entreisst und in die Aare wirft, erhalten die Soldaten Schiessbefehl. Die meisten zielen auch hier in die Luft, ein Gewerkschaftssekretär wird verletzt.

Noch während in Bern der Nationalrat tagt und weiter über den Generalstreik debattiert, stellt der Bundesrat am 13. November dem Oltener Komitee ein schriftliches Ultimatum: «Im Hinblick auf die ungeheuren, von Stunde zu Stunde wachsenden innern und äussern Gefahren, die als direkte Folgen des Generalstreiks dem Lande und dem gesamten Schweizervolke drohen, fordert der Bundesrat Sie auf, dem Generalstreik mit heute ein Ende zu machen und bis heute abend 5 Uhr eine bezügliche schriftliche Erklärung abzugeben.»

Das Ultimatum bedeute den Bürgerkrieg, sagt Streikführer Robert Grimm zu den Bun-

desräten Gustave Ador und Giuseppe Motta im Parlament: «C'est tout réfléchi. La classe ouvrière triomphera ou mourra en combattant.» Die Arbeiterklasse wird siegen oder sterben, wie schon im Streikaufruf angekündigt.

In Zürich haben die organisierten Arbeiterfrauen währenddessen ihre Probleme selber in die Hand genommen. Frauengruppen bringen die Kinder aus der Stadt heraus, damit sie nicht in die Gefechte geraten. Andere suchen das Gespräch mit den Soldaten, um sie vom Schiessen abzuhalten. Eine Kommission der Streikleitung im Volkshaus organisiert die Lebensmittelverteilung streng nach Bedürftigkeit. Sie bestimmt, wo im Interesse der öffentlichen Gesundheit gearbeitet werden darf, wer die wenige vorhandene Milch bekommt, wo Kehrlicht abgeholt und Aborte geleert werden sollen. Den Bäckern teilt sie das Mehl zu und sorgt dafür, dass die Braue-

reien und Mostereien keine alkoholischen Getränke herstellen können. Die revolutionäre Wirtschaftskommission habe in diesen Tagen «eine Vorprobe für ein Volkswirtschaftsministerium» gegeben, heisst es später in der Zeitschrift «Die Vorkämpferin» mit utopischer Freude: «Ergötzliche Szenen spielten sich da ab, in der Zeit, da wir für ein paar Tage die Diktatur im Volkshaus führten.»

Auch bürgerliche Frauenvereine kümmern sich um die eingerückten Soldaten, versorgen sie mit Liebesgaben und pflegen sie in den Lazaretten. Tausende Wehrmänner sind bereits an der lebensgefährlichen Spanischen Grippe erkrankt. Hunderte werden nie mehr gesund.

Fortsetzung Seite 32:

«Es ist zum Heulen!»

Der Generalstreik 1918. Dritter Tag.

Liebesgaben von bürgerlichen Damen: Kavalleristen während dem Generalstreik in Bern.



«Es ist zum Heulen!»

Der Generalstreik 1918. Dritter Tag.

Von Stefan Keller | Donnerstag, 14. November 1918 in St-Imier. Mit roten Fahnen und Musik zieht an diesem Morgen um 10 Uhr ein Demonstrationszug durch das Uhrenarbeiterdorf im Jura. Vor den Redaktionsräumen des bürgerlichen «Jura bernois» stoppt die Manifestation: Auf dem Aushang der Zeitung steht in grossen Lettern, der Generalstreik sei abgebrochen worden. Der Gewerkschafter René Robert tritt vor die Kundgebung und hält eine kurze Ansprache. Hier sehe man doch, wie die bürgerliche Presse immer lüge!, sagt er, und die Menge fängt an zu schimpfen. Tatsächlich ist viel gelogen worden in den letzten Tagen, doch dieses Mal hat der «Jura bernois» recht.

Misstrauen auch im benachbarten Sonvillier: Als der Gemeindepräsident dort den Streikenden erklärt, sie hätten zur Arbeit zurück zu kehren, wird ihm geantwortet, man nehme keine Weisungen von Bürgerlichen entgegen. Im Jura erwarten die Arbeiterinnen und Arbeiter wie fast überall in der Schweiz, dass der Streik fortgeführt wird. Alles scheint bestens zu laufen, auch in Lausanne, wo ein Abgesandter des Oltener Aktionskomitees, der das Streikende verkünden will, von Gewerkschaftern als Provokateur betrachtet und beinahe zusammengeschlagen wird. In Biel trifft eine Depesche ein, die Forderungen des Oltener Aktionskomitees seien vom Bundesrat angenommen worden, gleichzeitig kursieren auch andere Gerüchte; zeitweise sind die Telefonleitungen unterbrochen. Als am Donnerstagmittag um 13.10 Uhr ein Zug aus Bern angekündigt wird, in dem die Nationalräte aus Biel und dem Jura sitzen sollen, stürmen ihm mehr als fünftausend Leute entgegen, werfen Schwellen auf die Gleise und stoppen den Zug, so wie sie an den Vortagen auch andere Züge aufgehalten haben. Ein Schuss fällt, ein Streikender wird am Arm ver-

letzt. Auf der Lokomotive stehen Waadtländer Mitrailleure und ein paar Streikbrecher, die zu fliehen versuchen, von der Menge aber gefasst und verprügelt werden.

In Basel verkünden die bürgerlichen Parteien den Streikabbruch am Donnerstag vormittag per Flugblatt. Man glaubt ihnen nicht, und das Streikkomitee gibt ein Gegenflugblatt heraus. In Luzern lassen die Streikenden sogar Plakate anschlagen: «Arbeiter, Eisenbahner! In der Stadt und Umgebung wird das Gerücht herumgeboten, der Streik sei erledigt. Wir erklären das als unwahr; der Streik steht im Gegenteil gut und wird wie bisher auf der ganzen Linie fortgesetzt.» Im Laufe des Nachmittags dämmert den lokalen Komitees jedoch, dass die Gerüchte stimmen: Der grandiose Streik, der eben erst begann, auf den man stolz war, über den man sich freute, und der die Kraft der schweizerischen Arbeiterschaft vorführen sollte, war gescheitert. «Es ist zum Heulen!», schreibt Ernst Nobs, der Redaktor des Zürcher «Volksrechts» am nächsten Tag: «Niemals ist schmälicher ein Streik zusammengebrochen. Zusammengebrochen nicht unter den Schlägen des Gegners, nicht an der Entkräftung, nicht an der Mutlosigkeit der eigenen Truppen, sondern an der feigen, treulosen Haltung der Streikleitung.» Ähnliche Kommentare gibt es auch an der Basis, und die Mitglieder des Oltener Aktionskomitees werden sich in der nächsten Zeit immer wieder in Versammlungen für den unerwarteten Streikabbruch rechtfertigen müssen.

Das Aktionskomitee hat sich am Mittwochabend, 13. November, in Bern getroffen, um die Situation nach dem Ultimatum des

Bild rechts: Wenn die Züge stoppen, liegt die Wirtschaft lahm: Soldaten halten eine Lokomotive in Betrieb.

Bundesrates zu beraten. In der Parlamentsdebatte sind von Bundespräsident Felix Calonder zwar soziale Reformen in Aussicht gestellt worden, aber nichts ist verbindlich geregelt, keine der neun Forderungen des Komitees ist erfüllt.

Sofortige Neuwahl des Nationalrates nach dem Proporzsystem? Der Bundesrat will dazu im Dezember einen Gesetzesentwurf vorlegen, danach werde das Parlament entscheiden, ob die Wahlen vorgezogen würden.

Das aktive und passive Frauenstimmrecht? Zu dieser Forderung hat die Regierung sogar Unterstützungserklärungen von bürgerlichen Frauenorganisationen erhalten, das Gremium will sich zum Frauenstimmrecht jedoch nicht äussern. Niemand könne erwarten, dass im Bundesrat über alle Mindestforderungen der Streikenden Einstimmigkeit herrsche, sagte der Bundespräsident.

Diskussionslos abgelehnt werden ferner die Forderungen nach einer allgemeinen Arbeitspflicht, nach einem Staatsmonopol für Import und Export und nach einer Tilgung

der Staatsschulden durch jene, die über das nötige Vermögen verfügen. Die demokratische Neuorganisation der Armee ist sowieso kein Thema, jetzt wo die Regierung auf die härtesten und arrogantesten Offiziere ganz besonders angewiesen ist.

Die 48-Stunden-Woche, sagt Bundespräsident Calonder im Parlament, könne aus Gründen der Konkurrenz nur über internationale Abkommen eingeführt werden, nachdem sich alle Staaten zu sozialen Arbeitsbedingungen verpflichtet hätten. «Lebhaft befürwortet» hingegen wird von der Regierung sowohl die Verbesserung der Lebensmittelversorgung als auch die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Mittel und Wege seien ausserdem für eine Vertretung der Sozialdemokratie im Bundesrat zu finden, sagt Felix Calonder, der Freisinnige aus Graubünden. Eine konkrete, später einklagbare Verpflichtung geht der Bundesrat aber nirgends ein.

Das Oltenener Aktionskomitee sitzt diese Nacht in der Berner



Kapellenstrasse, dem Sitz des Gewerkschaftsbundes, der vom Militär umstellt ist. Kurz vor Mitternacht schickt das Komitee nochmals eine Delegation zum Bundesrat. Dieser residiert weiter im sicheren Hotel Bellevue und lehnt jede Verhandlung ab. Die Schweizer Regierung verlangt von den Streikenden eine bedingungslose Kapitulation. Bereits ist die Anweisung gegeben worden, die Mitglieder des Aktionskomitees am Morgen zu verhaften, obwohl einige von ihnen über parlamentarische Immunität verfügen. Am Donnerstag sollen auch die Streikposten vor privaten Betrieben verboten werden, und ein Aufgebot weiterer Bataillone ist geplant. Die Militärköpfe, so wird gemunkelt, seien nach vier Jahren blossen Übens mit ihren Mitrailleuren und Kavalleristen auf eine richtige Schlacht erpicht. «Wir sahen einen Kampf zwischen Bauern und Arbeitern, Militär und Streikenden, Deutsch und Welsch sich entwickeln, bei dem für den grössten Teil des Landes die unbewaffneten Arbeiter zu kurz kommen mussten», erklärt einer der Streikführer später.

Eine Minderheit des Oltener Komitees will trotz der harten Haltung des Bundesrates weiter streiken und das Ultimatum ignorieren. Es sei unter der Würde der Arbeiterschaft, auf «die Unverschämtheit der Landesregierung überhaupt eine Antwort zu geben».

Eine Mehrheit möchte den Streik abbrechen, so lange die Reihen noch einigermaßen geschlossen sind. In der Westschweiz, heisst es, bröckle die Streikbewegung schon. Irgendwann wird in der Kapellenstrasse abgestimmt, nur zwei Mitglieder votieren für die Fortsetzung des Streiks, unter ihnen Robert Grimm, der Präsident des Komitees. Um 2 Uhr an diesem Donnerstagmorgen wird der Bundespräsident durch eine neue Delegation über den bevorstehenden Streikabbruch

informiert. Unabhängig davon erfährt das Armeekommando dank einem in die Versammlung eingeschleusten Spitzel von seinem Sieg. Am Freitag, versichert das Oltener Aktionskomitee, werde die Arbeit wieder aufgenommen.

Dass die Streikenden selber vom Ende des Kampfes am Donnerstag, 14. November, fast als letzte erfahren, liegt auch daran, dass die Armee die Telefonleitungen des Komitees zeitweilig gekappt und niemanden aus den Büros hinausgelassen hat. Als die Eisenwerker in Gerlafingen eine Meldung über den Streikabbruch erhalten, schicken sie eine Delegation per Fahrrad in die Hauptstadt, um sich vom genauen Sachverhalt zu überzeugen. Am Freitagmorgen sind die Eisenwerke Gerlafingen allerdings von Militär umstellt, und die arbeitswilligen Arbeiter werden von der Unternehmensleitung ausgesperrt.

Als die Eisenbahner in Lausanne die Abbruchparole aus Bern schliesslich glauben, stimmen sie mit grosser Mehrheit für die Arbeitsaufnahme: Aber nur unter der Bedingung, dass fünf in Lausanne verhaftete Eisenbahner vorher freigelassen und nicht gerichtlich verfolgt werden. Die Waadtländer Regierung ist einverstanden.

An den meisten Orten scheinen sich die Streikenden nach einiger Überraschung in die neue Situation zu fügen. In Zürich, wo die Arbeit seit dem Proteststreik vom 9. November ununterbrochen ruht, setzen die Metall- und Holzarbeiter den Ausstand bis Montag fort. Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Arbon marschieren am Donnerstagnachmittag als letzte Demonstration in die Nachbarstadt Rorschach, um den dort versammelten Eisenbahnern «persönlich für ihre tapfere Haltung zu danken». Auch dem militärischen Platzkommandanten dankt die streikgewohnte Arboner Arbeiterschaft, weil es an diesem

Ort keine Zwischenfälle gab, und das örtliche Aktionskomitee hält unverdrossen fest: «Man hat nun gesehen, wie es aussieht, wenn die Masse streikt. Es lebe die Solidarität! Hoch die Organisation!»

In Grenchen jedoch richtet die Armee am Donnerstagnachmittag ein Blutbad an: Einrückende Waadtländer Mitrailleure und Dragoner aus dem Emmental – die Arbeiter nennen sie «Emmentaler Kosaken» – werden nach dem Abbruch des Streiks von der Bevölkerung mit Pfiffen und Hohnrufen empfangen. Die ihrerseits aufgehetzten Soldaten versuchen, die Menschenansammlungen zu sprengen und zu vertreiben; sie eröffnen das Feuer. Drei junge Arbeiter zwischen 17 und 29 Jahren werden auf der Stelle getötet, zwei von ihnen mit Schüssen in den Hinterkopf. Unterdessen stossen die vornehmen Herren Grenchens im Restaurant «Löwen» auf den Sieg ihrer Sache an.

Am Samstag, 16. November, defilieren die Soldaten, die im Raum Zürich eingesetzt waren, bei beissender Kälte und eisigem Wind vor General Ulrich Wille, Platzkommandant Emil Sonderegger, dem Regierungsrat und den Honoratioren des bürgerlichen Zürichs auf dem Tonhallequai. Sie werden von jungen Ehrendamen mit Blumen bekränzt. Allerdings ist es nur noch eine kleine Truppe, die hier marschiert, denn die Spanische Grippe wütet je länger desto schlimmer. Der Berner Platzkommandant Eduard Wildbolz hat wegen «ärztlichen Bedenken» ein vom General befohlenes Defilée in der Hauptstadt abge sagt. Allein von den aus dem Thurgau zur Bekämpfung der Revolution aufgebrochenen Soldaten sterben 46 an dieser Epidemie, deren Gefährlichkeit dem Generalstab seit Monaten bekannt gewesen ist.

Nicht die Offiziere kommen später vor Gericht, sondern die Streikführer und einige

Grenchen, Postplatz: Mit Maschinengewehren gegen Arbeiterinnen und Arbeiter.





Landesstreikprozess in Bern: Am 10. April 1919 verurteilt das Divisionsgericht III vier Streikführer zu Gefängnisstrafen. Auch zahlreiche streikende Eisenbahner werden von der Militärjustiz verfolgt.

hundert Eisenbahner. Es gibt mehrmonatige Gefängnisstrafen, Relegationen und schwarze Listen bei den Unternehmern. Für künftige Auseinandersetzungen werden rechtsextreme Bürgerwehren aufgestellt – und noch viele Jahre später wird die Schweizer Geschichtsschreibung das Generalstreiktrauma sorgfältig pflegen: den Mythos vom bolschewistischen Putschversuch gegen die Demokratie, der nur mit knapper Not und mit grössten Opfern durch heldenhafte Wehrmänner, wärschafte Landwirte abgewehrt werden konnte.

Von den neun Forderungen der Streikenden wird die Proporzwahl des Nationalrates 1919 verwirklicht, die Sozialdemokraten verdoppeln dabei ihre Sitze von 22 auf 41. Im selben Jahr wird nach weiteren Streiks für zahlreiche Branchen die 48-Stunden-Woche eingeführt. Die Nahrungsmittel bleiben vorerst unerschwinglich teuer. Die vom Bundesrat 1918 «lebhaft befürwortete» Alters- und Invalidenversicherung kommt 1925 in die Verfassung, für ihre Verwirklichung lässt sich die Politik dreissig Jahre Zeit. Das Frauenstimmrecht, das in Deutschland am 14. November 1918 eingeführt worden ist, scheint ein paar Wochen lang auch in der Schweiz in Reichweite zu liegen. Dann aber braucht es mehr als ein halbes Jahrhundert bis zu seiner Einführung. Fünfundzwanzig Jahre nach dem Streik zieht der erste Sozialdemokrat in den

Bundesrat ein, es ist der ehemalige «Volksrecht»-Redaktor Ernst Nobs, jener Mann, der das Streikende 1918 als «zum Heulen» und als schmähliche Kapitulation bezeichnete.

Der Streikabbruch sei keine Kapitulation gewesen, verteidigt sich das Oltener Aktionskomitee, sondern eine «zwingende Notwendigkeit» angesichts ungleicher Kampfmittel und Waffen. «Die Arbeiterschaft ist nicht besiegt. Sie hatte Einsicht genug, den Kampf in einem Augenblick abzubrechen, da es ohne schwere Schädigung der Organisationen, ohne nutzlose Opfer noch möglich war», schreibt das Komitee: «Ihre Aufgabe ist es, weiter zu rüsten, den Gegner in allen seinen Stellungen zu bedrängen und ihm die Überzeugung beizubringen, dass ein Regieren des Landes ohne oder gegen den Willen der Arbeiterschaft in Zukunft noch weniger möglich ist als bisher.»

29. November 1918. Aus einem Brief an ein kantonales Arbeitersekretariat, abgedruckt in einer Arbeiterzeitung: «Tit. Arbeitersekretariat – In der Beilage erhalten Sie 20 Fr. zur freien Verfügung, welche mein Sohn anlässlich seines Söldnerdienstes in Zürich von der dortigen schlotternden Kapitalistenklasse erhalten hat. Der Judaslohn hätte eigentlich mit Verachtung zurückgewiesen werden sollen. Da dies nun nicht mehr geht, soll es wenigstens unserer Sache Dienste leisten. Mit Genossengruss.»

Inhalt

- 2** Zum Streiken fähig
Vorwort von Paul Rechsteiner
- 4** Die Schweiz streikt
Wie der Mythos einer Schweiz ohne Streik verblasste
- 7** Konfrontationen
Streiks und Arbeitskämpfe sind härter geworden
- 14** Kämpfend siegen oder sterben?
Der Generalstreik 1918. Erster Tag
- 20** «Konkrete Solidarität üben»
Interview mit Unia-Sekretär Roman Burger
- 24** Ein Oberst verteilt Handgranaten
Der Generalstreik 1918. Zweiter Tag
- 30** Grundrecht nicht einschränken
Interview mit Doris Bianchi, SGB-Juristin
- 32** «Es ist zum Heulen!»
Der Generalstreik 1918. Dritter Tag
- 37** Ein Streik hat viele Gesichter
Kleine Typologie des Streiks
- 39** «Schon ein bisschen Angst»
Teresa Fernandez berichtet von ihrem Streik
- 42** Streiken seit dem Mittelalter
Schweizer Arbeitskämpfe in 600 Jahren. Ein Rückblick
- 54** Eine kleine Chronologie
Streiks und Aktionen seit dem Jahr 2000
- 63** Anhang
*Literatur und Quellen
Mitgliederverbände des SGB*
- 64** Service
Streikerklärung des SGB





Arbeitskämpfe in der Schweiz

Streiken wirkt

90 Jahre Generalstreik



Impressum

Herausgegeben vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Postfach, 3000 Bern 23

Verantwortlich: Rolf Zimmermann

Redaktion: Ralph Hug, Stefan Keller

Gestaltung, Layout: Markus Traber, St. Gallen

Auflage: 9'900 Ex.

Druck: UD Print AG, Luzern

© 2008 by Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Diese Broschüre kann über www.sgb.ch bestellt werden.